

KOMMENTAR



Kritiker hatten Recht

Geldnot verhindert häufig ein Studium

► JUTTA GEESSE

Politiker aller Parteien werden nicht müde, es wieder und wieder zu betonen: Bildung ist die einzige Ressource, mit der Deutschland im weltweiten Wettbewerb noch wuchern kann. Stellt sich die Frage: Warum tun sie immer noch so wenig dafür, jungen Leuten die bestmögliche Ausbildung zuteil werden zu lassen, und zwar unabhängig von deren sozialer Herkunft?

An Reformen im Bildungssystem herrscht wahrlich kein Mangel. Ob Kinderbildungsgesetz schon für die Jüngsten in der Kita, Englisch in der Grundschule, Ganztagschulen, Turbo-Abi oder Studienreformen: Aufgeschreckt durch das Abschneiden deutscher Kinder bei Pisa sind Bildungspolitiker landauf, landab in Hektik ausgebrochen und haben eine Reform nach der nächsten auf den Weg gebracht. Viel Gutes war dabei, aber leider auch viel Murks. Etwa die Reduzierung der Gymnasialzeit von neun auf acht Jahre ohne gleichzeitige Entzerrung der Lehrpläne. Oder die Einführung von Ganztagsgrundschulen ohne gleichzeitige Festlegung von Qualitätsstandards und ohne ausreichende Finanzierung.

Manches wurde versprochen, aber bislang nicht eingehalten. Dazu gehört, dass mit der Einführung von Studiengebühren ein umfassendes Stipendiensystem einher gehen sollte, damit Kinder aus weniger betuchten Familien nicht vom Studium ab-

geschreckt werden. Wie die jüngste Allensbach-Umfrage zeigt, ist genau das eingetreten, was Kritiker der Studiengebühren von Anfang an gesagt haben: Aus Geldnot verzichten viele Abiturientinnen und Abiturienten aufs Studium.

Es sind sicher nicht allein die Studiengebühren, die junge Leute von den Unis und Fachhochschulen fernhalten. Aufgrund der immer verschulteren Studiengänge bleibt der heutigen Studiengeneration auch kaum Zeit, nebenbei für ihren Lebensunterhalt zu jobben – wenn es denn überhaupt Jobs gibt. Und dass manch einer angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise und eigenen düsteren Zukunftsaussichten wenig Lust hat, mit einem Berg von Schulden ins Berufsleben zu starten, ist nachvollziehbar.

Bildung für alle

Da hilft nur eins: Den hehren Verlautbarungen von wegen „Bildung für alle“ müssen endlich Taten ein folgen. Sprich: Ein Stipendiensystem muss her. Und zwar eines, das allen die Chance gibt, ein Stipendium zu erhalten. Denn ein Ergebnis der Allensbach-Studie lässt aufhorchen: Demnach kommen derzeit Kinder aus Akademikerfamilien leichter an ein Stipendium als Kinder aus anderen Familien. Auch das sieht nicht gerade nach gleichen Chancen für alle aus.

► j.geesse@zeitungsverlag-aachen.de

PRESSESTIMME

KURIER

Die österreichische Boulevardzeitung kommentiert Angela Merkels Besuch bei US-Präsident Barack Obama:

Klug, praktisch und verlässlich“, lobte der genialste PR-Mann der Weltpolitik, US-Präsident Obama, am Freitag seinen Gast Angela Merkel wie eine neue Haushaltshilfe. Wer Merkel näher kennt, kann dem kaum widersprechen, nur den Aufwand et- was hoch finden. Schöne Bilder

im Fernsehen sind eben oft mehr wert als viele mühevollen Taten – und in Wahlkämpfen sowieso. Darauf versteht sich Merkel inzwischen fast wie Obama, auch wenn es ihr nicht so mitgegeben war. Zwischen „schwäbischer Hausfrau“ und mächtiger „Frau Bundeskanzlerin“ findet sie den richtigen Ton und lässt sich öffentlich nie aus der Ruhe bringen. In den vier Jahren perfektionierte sie das Bild, über allen Niederungen der Tagespolitik zu schweben.

...Königin Angela aber senkte alsbald die Steuern!
Da füllten sich augenblicklich die Truhen des Reiches
und die Taschen der Menschen, und alle
lebten glücklich bis ans Ende
ihrer Tage!



Die Stunde des Messdieners

Auf ihrem Wahlprogramm-Kongress der Union überschlägt sich CSU-Chef Seehofer mit Treueschwüren an die Adresse der Bundeskanzlerin. Das leidige Steuerthema wird auf der Tagung allenfalls gestreift.

VON HAGEN STRAUSS

Berlin. Für die große Geste beim dahin plätschernden Wahlprogramm-Kongress der Unionsparteien ist ausgerechnet Horst Seehofer zuständig. Früher galten bayerische Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzende noch als Stachel im Fleisch des Regierenden von der Schwesterpartei CDU. Die Rolle hat sich offenbar gewandelt: Wenn er vor der Kanzlerin sprechen dürfte, so Seehofer schelmisch, sei er schließlich mehr ein „Messdiener“. Das beweist er dann fast unterwürfig: „Wir brauchen keinen Kandidaten, wir haben eine Kanzlerin“, ruft der Bayer den rund 750 Teilnehmern zu. Jubel brandet auf, Angela Merkel erhebt sich freudig von ihrem Platz auf dem Podium – Seehofer dreht sich langsam um und applaudiert ihr mit feinem Grinsen zu. Schöner

kann man einen Treueschwur nicht inszenieren.

Das ist auch bitter nötig gewesen. In den letzten Tagen wirkte die Union kühl, zerstritten, fast verzweifelt weil getrieben von einer selbst entfachten Debatte um Steuererhöhungen. Die anderen Vorschläge des Programms wurden deshalb kaum zur Kenntnis genommen. Zwei sind daran Schuld gewesen: Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, der wegen „Zahnproblemen“ jedoch nicht ins Berliner Congress Centrum kommt. Und der Baden-Württemberger Günther Oettinger, der die Debatte über eine höhere Mehrwertsteuer entfacht und damit für erheblichen Ärger in der Partei gesorgt hat. Ihm seien die Folgen seines Vorschlags nicht bewusst gewesen, heißt es aus Oettingers Umfeld. Angesprochen auf sein Abweichen von der Unionsli-

nie betont er: „Ich stehe zum Wahlprogramm.“

Der Mann steht unter Beobachtung, das ist zu spüren. Die Parteiprominenz muss in drei Gesprächsrunden nacheinander auf dem Podium über die wichtigsten Themen des Programms sprechen, und als Oettinger an der Reihe ist, wird es ruhiger im Saal, es wird genau hingehört. Er leistet sich keinen weiteren Fauxpas.

Was schafft Wachstum?

Es ist ein strapaziöser Talk-Marathon, den die Union insgesamt bietet. Irgendwann können das auch die an der Bühnenseite platzierten Spitzenkräfte von CDU und CSU nicht mehr verbergen: Merkel feilt an ihrer Rede, Seehofer schaut gelangweilt, von der Leyen lässt sich einen Kaffee bringen, Schäuble ist bei allen ein ge-

fragter Gesprächspartner, Müller und Guttenberg lesen, und der Schleswig-Holsteiner Peter Harry Carstensen sorgt mit kleinen Witzchen für ein wenig gute Laune. Zugleich ist man sichtlich darum bemüht, 90 Tage vor der Bundestagswahl den Eindruck wieder zu verwischen, die Union sei ein vieltimmiger Chor, so freundlich geht man dort oben zwischen durch miteinander um.

Das leidige Steuerthema wird von allen absichtlich nur gestreift, selbst Angela Merkel geht in ihrer Rede lediglich beiläufig darauf ein. „Ich habe gelernt, damit zu leben, dass nicht alle einer Meinung sind“, sagt sie. Nun müsse jedoch gelten: „Was schafft Wachstum? Das treibt uns an.“ Trotz Rekordverschuldung würden Steuererhöhungen im Umfang von 15 Milliarden Euro dazugehö-

„Piratenromantik darf nicht über Regelverstöße hinwegtäuschen“

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries verteidigt staatliche Eingriffe ins Internet. Sie fordert eine Debatte darüber, wie weit die Freiheit des Netzes gehen darf.

VON MARCO ROSE

Aachen. Als Justizministerin sitzt Brigitte Zypries zwischen den Stühlen, wenn es um das Spannungsverhältnis von Bürgerrechten und dem Bedürfnis nach Sicherheit geht. Im Interview mit den „Nachrichten“ zieht die SPD-Politikerin ein positives Fazit nach vier Jahren schwarz-roter Regierungsverantwortung. Gemeinsam hätten SPD und Union Deutschland sicherer gemacht. Der „ausgewogene Schutz vor neuen Bedrohungen“ erfordere aber immer eine sorgfältige Abwägung.

Frau Zypries, wie fällt Ihre Bilanz nach vier Jahren Schwarz-Rot aus? Hat sich die Balance zwischen Freiheitsrechten und der Sicherheitsgesetzgebung tatsächlich verschoben?

Zypries: In der schwarz-roten Koalition steht die SPD für eine Sicherheitsgesetzgebung mit Augenmaß. Wir haben auf die Gefahren des Terrorismus reagiert und unser Land sicherer gemacht, dabei aber überzogenen Forderungen des Koalitionspartners eine klare Absage erteilt. Denken Sie zum Beispiel an den Bundeswehreinsetzung im Innern – mit uns wird es keine Militarisierung der Innenpolitik geben. Denken Sie an die Visa-Warndatei – hier haben wir die anlasslose Speicherung unbescholtener Einländer abgelehnt. Oder an das BKA-Gesetz, wo der Bundesinnenminister auf unseren Druck hin nachbessern musste.

ratsdatenspeicherung Widerstand. Ist die Internet-Gemeinde inzwischen ein Faktor im Wahlkampf?

Zypries: Natürlich. Das Internet bietet fantastische Möglichkeiten. Die Vorteile grenzenloser Kommunikation bringen aber auch Gefahren mit sich. Was offline verboten ist, ist auch online verboten. Wie solche Verbote wirksam

durchgesetzt werden können, ohne die Freiheit des Internets zu gefährden, müssen wir breit diskutieren, auch und gerade mit den Betroffenen. Dabei würde ich mir aber wünschen, dass die Debatte offen und rational bleibt. Ich fand es deshalb schade, dass einige Kritiker im Streit um Internetsperren die Debatte verweigert haben. So

kommen wir in einer Demokratie nicht weiter.

Offenbart sich im Umgang mit dem Netz ein Generationenkonflikt?

Zypries: Junge Menschen nutzen das Internet meist intensiver als die Älteren. Das bedeutet aber nicht gleich einen Generationenkonflikt. Die junge Generation ist mit dem Internet groß geworden und hat deshalb ein anderes Verhältnis dazu.

Mit diesem technischen Verständnis der jungen Generation lassen sich die von der Bundesregierung beschlossenen Internetsperren aber relativ leicht umgehen. Bei Youtube kursieren schon Anleitungen dazu.

Zypries: Wir können nicht auf Gesetze verzichten, nur weil eine Minderheit in der Lage ist, sie rechtswidrig zu umgehen. Bei den Internetsperren legen wir viel Wert auf den Grundsatz „Löschen vor Sperren“, und zwar auch bei Kinderpornographie auf ausländischen Servern. Das BKA ist da gefordert. Und selbst wenn Sperren keine absolute Sicherheit bieten, erschweren sie zumindest den Zugang. Nicht umsonst gibt es dieses Modell bereits bei einigen unserer europäischen Nachbarn. Im Übrigen ist die Suche nach Umgehungsmöglichkeiten keine Besonderheit der Internetsperren. Denken Sie nur an die Steuergesetze, bei denen viele nach legalen oder illegalen Schlupflöchern suchen.

Verständigungsprobleme zu geben.

Zypries: Verständigungsprobleme gibt es mit Nutzern, die die Freiheit im Netz mit einem rechtsfreien Raum verwechseln. Ich denke zum Beispiel an das Urheberrecht. Hier realisieren einige Nutzer nicht, dass sie für bestimmte Inhalte auch bezahlen müssen, weil andere davon leben. Piratenromantik darf nicht über klare Regelverstöße hinwegtäuschen. Auffällig finde ich auch, dass viele Nutzer zwar extrem empfindlich sind, wenn es um staatliche Eingriffe geht, selbst aber durch die Offenbarung von Privatem Persönlichkeitsprofile im Netz entstehen lassen, die weit über das hinausgehen, was der Staat jemals erheben könnte. Hier werbe ich für mehr Vorsicht im Umgang mit persönlichen Daten.

Den Konservativen gelten Sie als Bremserin, den Bürgerrechtlern als nachgiebig gegenüber dem Bundesinnenminister. Täuscht der Eindruck, dass Sie gegen Ende der Legislaturperiode Herrn Schäuble öfter kontra gegeben haben?

Zypries: Dass ich am Ende der Legislaturperiode häufiger dagegengehalten habe, liegt einfach daran, dass der Bundesinnenminister mehr Sicherheitsgesetze eingebracht hat. Wenn er nichts tut, muss ich auch kein Kontra geben. Im Übrigen fordert unsere Forderung im Verhältnis von Freiheit zu Sicherheit immer eine sorgfältige Abwägung unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit. Dieser Kurs bietet vielleicht keine plakativen Forderungen, aber einen ausgewogenen Schutz vor neuen Bedro-

hungen, ohne freiheitliche Prinzipien preiszugeben.

Die Opposition behauptet, dieser Regierung fehle „das liberale Korrektiv“. Trifft Sie dieser Vorwurf?

Zypries: Da kann ich nur sagen: Auf so ein liberales Korrektiv, wie es Innenminister Wolf hier in NRW abgibt, können wir in Berlin gerne verzichten. Da machen wir lieber ordentliche, sozialdemokratische Rechtspolitik.

Was heißt das konkret?

Zypries: Dass die Liberalen zwar viel von der Freiheit reden, in konkreter Regierungsverantwortung aber anders handeln. Zum Beispiel haben sie hier in NRW die Online-Durchsuchung in einem denkbar schlechten Gesetz formuliert, das gleich vom Bundesverfassungsgericht kassiert worden ist. Die FDP nutzt nicht einmal ihre Möglichkeiten, etwa bei der Gleichstellung Homosexueller. Stattdessen haben sie sich eine bequeme Arbeitsteilung verpasst: Im Bund versuchen sich die Liberalen als Bürgerrechtspartei zu profilieren und lassen Politiker wie Burkhard Hirsch oder Gerhard Baum gewähren.

... die alten Aushängeschilder des Linkliberalismus ...

Zypries: Genau. Es sind ja nur noch die beiden, die diesen Flügel in der FDP glaubwürdig repräsentieren. Ab und an noch Frau Leutheusser-Schnarrenberger. Aber das war's dann auch. Und in dem Moment, in dem die Liberalen in der Regierung sind, drehen sie sich um 180 Grad. Das halte ich für unredlich.



Brigitte Zypries: Was offline verboten ist, ist auch online verboten.

Foto: Heike Lachmann

Dennoch scheint es zwischen Nutzern und Politik grundlegende